

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 79. Ratssitzung vom 31. August 2011

1678. 2011/51

Weisung vom 09.02.2011:

Tiefbauamt, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse, Erhöhung Objektkredit

Antrag des Stadtrats:

Unter Vorbehalt der Kreditbewilligungen für die Anteile des Bundes und des Kantons Zürich durch deren zuständige Behörden sowie der rechtskräftigen Festsetzung des Projekts durch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wird der mit Volksabstimmung vom 24. September 2006 bewilligte Objektkredit für den Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse von Fr. 39 800 000.–, teuerungsbereinigt per 1. Oktober 2009 Fr. 46 300 000.–, um Fr. 18 500 000.– auf Fr. 64 800 000.– (einschliesslich MwSt) erhöht.

Kommissionsreferent:

Roger Tognella (FDP): *Seit der Objektkredit der Stadt für den Bau der Einhausung in Schwamendingen per Volksabstimmung 2006 bewilligt wurde, hat sich einiges getan. Der Kanton musste die Hoheit über die Nationalstrassen an den Bund abgeben. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) nahm sich des Projekts an und beschloss aus dem 900 m-Tunnel ein 1,7 km langes Bauwerk zu machen. Diese politischen Entscheide zögerten auch den Spatenstich heraus, der im Jahr 2010 hätte passieren sollen. Die baulichen Veränderungen, die vor allem breitere Trassees für die Rettungswege vorsehen, führen zu technischen Mehrkosten die auch den finanziellen Beitrag der Stadt erhöhen. Dies sind jedoch sinnvolle Massnahmen, da sie den aktuellsten Normen entsprechen. In Sachen Verkehrskonzept muss die Stadt noch nachbessern. Es muss sichergestellt sein, dass der Schleichverkehr während der jetzt längeren Bauzeit nicht durch das Quartier fliesst. Zudem muss eine Ersatzmassnahme für den Ausfall des Halbanchlusses Aubrugg beschlossen werden, der den Verkehr über die Autobahn führt. Für Schwamendingen bedeutet die Einhausung eine wichtige Entwicklung. Aus diesem Grunde bitte ich um Zustimmung der Weisung.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Die Einhausung bedeutet mehr Lebensqualität in Form von Lärmschutz und eine massive Qualitätsverbesserung für das Quartier, das heute durch die Autobahn sehr zerschnitten ist. Die Verkehrsregelung wird in enger Absprache mit dem Kanton geschehen. Auch von Seiten der ASTRA gibt es bereits klare Vorstellungen, wie der Bau erstellt werden soll. Der Kanton hat den Auftrag, über Ersatzmassnahmen für Aubrugg nachzudenken und dem ASTRA entsprechende Vorschläge zu machen. Seit dem 24. August liegt die Planungszone öffentlich auf. Ziel ist es, bis zum Zeitpunkt der Genehmigung des Nationalstrassenprojekts auch die Rechtskraft der Sondernutzungsplanung für das Gebiet der Einhausung zu erlangen. Viele ImmobilienbesitzerInnen und Genossenschaften wollen entlang des künftigen Bauwerks Wohnungen errichten und sollen profitieren. So kann sich Schwamendingen zu einem guten Quartier entwickeln. Die Stadt bekommt also sehr viel, auch wenn sie einen hohen Beitrag dafür zahlen muss.*

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Es sollte nicht vergessen gehen, dass es sich in Schwamendingen um eine Hauptverkehrsachse handelt. In der Kommission wurde gesagt, dass vermutlich am Wochenende gebaut werden würde. Doch selbst wenn an einem Samstag die Strecke vollständig gesperrt wäre, gäbe es ein Verkehrschaos. Bei der Auffahrkollision vor wenigen Wochen im Milchbucktunnel wurde dieser geschlossen, was einen Rückstau von 22 km zur Folge hatte. Die Vorstellungen in der Kommission zum Umfahungskonzept waren zu wenig detailliert. Je eine Spur in die eine sowie in die andere Richtung müssen während dem Umbau befahrbar bleiben. Zudem sollten AnwohnerInnen frühzeitig über eine Verengung durch die Baustelle informiert werden.*

Guido Trevisan (GLP): *Mit verdoppelten Projektkosten finanzieren wir eine nachhaltige Lösung, die nicht nach wenigen Jahren schon nachgebessert werden muss. Die Erhöhung der städtischen Kosten beschränkt sich vor allem auf die Einhausung und den Fussweg entlang der Einhausung. Kanton und Stadt beteiligen sich über die gesetzlichen Lärmschutzmassnahmen hinaus und der Bund würde normalerweise auch viel weniger investieren. Es bietet sich eine einmalige Chance für die Stadt Zürich, das Quartier zu beruhigen und gleichzeitig mehr Raum für Freizeit und Langsamverkehr zu schaffen. Bei einer Ablehnung der Weisung vergingen wieder Jahre, ehe man für Schwamendingen eine akzeptable Lösung auf dem Tisch hätte. Zudem würde sich dann der Bund auf das absolute Minimum beschränken, nämlich die Anbringung von Lärmschutzwänden. Trotz hohen Kosten für die Stadt Zürich bietet die Einhausung die Gelegenheit, verkehrsplanerische Fehler der Vergangenheit zu beheben.*

Markus Knauss (Grüne): *Das Verkehrskonzept ist während der ganzen Umbauphase von zentraler Bedeutung, weshalb darin sehr viel Zeit investiert werden muss. Die SVP*

versucht davon abzulenken, dass sie sich ihre eigenen Verkehrssünden der Vergangenheit nicht eingestehen will. Die unhaltbare Situation in Schwamendingen muss behoben werden und dafür sollten wir auch finanziell gerade stehen. Diesen Preis sind wir Grünen gerne bereit zu zahlen.

Dr. Richard Wolff (AL): *Ich bin nicht gegen das Projekt, weil man aus diesem zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr aussteigen kann. Jedoch stehe ich dem Bauvorhaben nicht ganz so euphorisch gegenüber wie der Gesamtrat. Grundsätzlich sollte man ein wenig zurückblenden und sich vor Augen führen, dass das Projekt im Grunde nie ein gutes war. Die Westumfahrung und die Nordumfahrung sind gebaut worden, um die Schwamendinger Autobahn zurückzubauen und gar nicht weiter zu betreiben bzw. zu reduzieren und als Quartierstrasse oder Stadtzugangsstrasse zu behalten. Für 300 Mio. Fr. wird nun etwas gebaut, was der ursprünglichen Absicht widerspricht. Eine städtebauliche Aufwertung sehe ich auch nicht, wenn man vor einer 7 Meter hohen Mauer steht. Dazu sollen nun statt zwei Häuser insgesamt 21 Häuser abgerissen werden. Es wird ein Zustand zementiert, der als nächste Konsequenz eine Einhausung des Bucheggplatzes und der Rosengartenstrasse vorsieht.*

Christoph Spiess (SD): *Man kann zwar nicht Nein sagen zu dieser Vorlage, ganz wohl kann einem dabei aber auch nicht sein. Auf der anderen Seite der Stadt hat man die Achse offiziell dicht gemacht und die Weststrasse zurückgebaut, obwohl man den Verkehr weiterhin von der Sihlhochstrasse auf diese Achse rollen lässt. Im Grunde, da muss ich Dr. Richard Wolff (AL) Recht geben, müsste das Ziel sein, den Transitverkehr durch die Stadt ganz zu unterbinden. Dann wäre es auch sinnvoller, den Stummel im Schöneich zu reduzieren, statt Unsummen auszugeben, um ihn zuzudecken.*

Schlussabstimmung

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Balthasar Glättli (Grüne), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alain Kessler (FDP) i.V. von Roger Tognella (FDP), Referent; Markus Knauss (Grüne), Alecs Recher (AL), Guido Trevisan (GLP), Florian Utz (SP) i.V. von Andrew Katumba (SP)

Enthaltung: Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Kurt Hüsey (SVP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 96 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Vorbehalt der Kreditbewilligungen für die Anteile des Bundes und des Kantons Zürich durch deren zuständige Behörden sowie der rechtskräftigen Festsetzung des Projekts durch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wird der mit Volksabstimmung vom 24. September 2006 bewilligte Objektkredit

4 / 4

für den Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse von Fr. 39 800 000.–, teuerungsbereinigt per 1. Oktober 2009 Fr. 46 300 000.–, um Fr. 18 500 000.– auf Fr. 64 800 000.– (einschliesslich MwSt) erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat